

FRAGESTUNDE

Beginn: 13.42 Uhr
Ende: 14.45 Uhr

1) Parkplatzsituation am Hauptbahnhof

GR. **Schröck** stellt an Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker** folgende Frage:

GR. Schröck: Vielen, lieben Dank. Frau Vizebürgermeisterin, wir hatten in der vorangegangenen Gemeinderatssitzung einen Antrag, einen dringlichen Antrag betreffend die Parkplatzsituation am Hauptbahnhof vom Kollegen Korschelt und vom Kollegen Grosz, der auch eine Mehrheit gefunden hat. Ich darf Sie fragen, welche Maßnahmen bisher eingeleitet wurden, um diesen Antrag, der mehrheitlich beschlossen wurde, auch umzusetzen?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Danke für die Frage. Die Lösung der Parkplatzproblematik am Grazer Hauptbahnhof, die primär bedingt ist durch den Einkaufsverkehr der in dem Bahnhofsgebäude befindlichen Geschäfte obliegt grundsätzlich den ÖBB als Vermieterin, aber auch als Grundeigentümerin eines Teils, eines Großteils des Europaplatzes, dementsprechend wurden Gespräche mit den ÖBB aufgenommen. Ich habe letzte Woche auch direkt mit Herrn Kern zu mehreren Punkten, aber auch zu diesem Punkt, das Gespräch gesucht und gefunden, um von der ÖBB eine akzeptable Lösung für die Grazer Bevölkerung zu erzielen. Schwerpunkt dieser Gespräche bleibt natürlich die Erreichbarkeit des Hauptbahnhofes für die NutzerInnen des öffentlichen Verkehrs.

GR. **Schröck**: Das heißt aber, die Gespräche sind nicht abgeschlossen, sie sind weiter in Verhandlung, es wird weiterhin gearbeitet an dem Problem?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Dank der Struktur der ÖBB, wo es unterschiedliche Zuständigkeiten gibt, einmal Immobilien, einmal Verkehr usw. gestalten sich Gespräche mit der ÖBB, insbesondere im Immobilienbereich, nicht immer zum Vorteil der Stadt, da gibt es immer wieder Probleme, deswegen habe ich mich ja auch an den Chef gewandt, weil das sehr unzufriedenstellend ist, wie es jetzt läuft.

2) Aufbringung der vorgesehenen rund 24 Millionen Euro Bareinlage aus Immobilien-Verkäufen für den Reininghaus-Deal

GR. Mag. **Mariacher** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Eine Frage zum Thema Reininghaus, es läuft hier derzeit die aktuelle Bürgerbefragung in der Stadt Graz. Ein Thema, das sehr viele Menschen beschäftigt, ist die Aufbringung jener geplanten 24 Millionen Euro, die aus Immobilien-Verkäufen der Stadt Graz kommen sollen, um als Einlage in diesen Reininghaus-Deal nachher zur Verfügung zu stehen. Die Grazer ÖVP und dazu Bürgermeister Nagl und Sie als Finanzstadtrat sehen ja in Ihren Plänen „Reininghaus-Deal“ vor, diese 24 Millionen sozusagen als Bareinlage zu verwenden.

Diese Geldsumme soll laut diverser Äußerungen und Publikationen durch Verkäufe diverser Immobilien zustande kommen, die bis dato, wie gesagt, im Eigentum der Stadt Graz sind und damit politisch auch unzweifelhaft im Eigentum aller Grazerinnen und Grazer.

In diesem Zusammenhang richte ich an Sie die

Frage:

Welche konkreten Grundstücke sollen in diesem speziellen Immobilienpaket für den „Reininghaus-Deal“ veräußert werden?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Gemeinderat! Die konsolidierte Gesamtverschuldung des Hauses Graz steigt durch den Erwerb der Reininghausgesellschaft nicht über das im Budgetbeschluss 2012 angegebene Ausmaß hinaus. Soweit den benötigten 24 Millionen Euro ein Großzuschuss Grundstückserlöse, welche ebenfalls noch nicht in dieser Planung enthalten waren, gegenüberstehen. Neben dem heute noch zur Beschlussfassung vorgesehenen Verkauf des Grundstückes Triester Straße in der Größenordnung von knapp 10 Millionen Euro werden noch einige Veräußerungen in ähnlicher Größenordnung als für die nächsten zwei Jahre realistisch angesehen, sodass die einzelnen Objekte durchaus ohne schädlichen Verkaufsdruck gut zu Ende verhandelt werden können.

GR. Mag. **Mariacher**: Das heißt, über das eine Grundstück hinaus derzeit aktueller Stand von Ihnen keine konkreten Informationen. Ich habe eine Zusatzfrage an Sie. Können Sie ausschließen, dass es zu einem Tausch, einer Übertragung, einem Verkauf einer oder mehrerer Liegenschaften kommen wird an eine im Projekt Reininghaus involvierte Person, Firma oder Bank?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich muss zunächst mit einer Gegenfrage, wer ist eine im Zusammenhang...

GR. Mag. **Mariacher** unverständlich.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Dann kann ich Ihnen beim besten Willen die Antwort nicht geben.

3) BILLA-Eck

GR. **Hohensinner** stellt an StR.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck** folgende Frage:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Um die sozialpolitische Herausforderung „BILLA-Eck“ in den Griff zu bekommen, hat der Grazer Gemeinderat Maßnahmen auf mehreren Ebenen angedacht. Ein Ziel ist es, mit mehr Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern die sehr oft angespannte Situation zu entschärfen.

Wie hat sich bisher die soziale Intervention ausgewirkt und welche Erkenntnisse hat die „ExpertInnenkommission zum öffentlichen Raum“ zu diesem Thema erörtert?

StR.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat Hohensinner, lieber Kurt! Es freut mich, dass du in deiner Anfrage darauf Bezug nimmst, dass es Maßnahmen auf mehreren Ebenen gibt und dass diese auf mehreren Ebenen diskutiert werden. Das gibt mir die Gelegenheit, auf eine Maßnahme einzugehen, die ja schon umgesetzt wurde und das ist die Ausweitung des Alkoholverbotes. Dazu kann ich festhalten, dass es genau so ist, wie die Expertinnen und Experten es vorher gesagt haben, diese Ausweitung des Alkoholverbotes hat zu Einschränkungen für alle Grazer BürgerInnen gesorgt, hat aber das Problem am Billa-Eck überhaupt nicht verändert. Das zeigt uns, dass Verdrängung von Personengruppen aus dem öffentlichen Raum, die einer gesellschaftlichen Norm nicht entsprechen, nicht nur grundsätzlich hinterfragenswert und abzulehnen sind, sondern dass diese Verdrängung schlichtweg nicht funktioniert. Aber jetzt einmal zu den Erkenntnissen der ExpertInnenkommission. Die Kommission hat verschiedene Maßnahmen gesammelt und erörtert, wie den Menschen am Billa-Eck zusätzliche Unterstützung angeboten werden kann. Was die Kommission aber grundsätzlich beschäftigt, ist die Erwartungshaltung, dass das Billa-Eck sozusagen durch irgendwelche Zaubermaßnahmen leer geräumt werden soll und das ist weder machbar noch entspricht das den Zielen innerhalb der Kommission. Für die Mitglieder ist es ganz klar, dass der öffentliche Raum für alle Menschen da ist und auch weiterhin da sein muss. Der bloße Aufenthalt im öffentlichen Raum kann also in keinem Fall beschnitten werden, nur weil die Menschen ein Leben abseits der gängigen Normen führen. Dass strafbare Handlungen eingedämmt werden müssen und verfolgt werden müssen, ist für alle Mitglieder der ExpertInnenkommission außer Streit gestellt. Zur sozialen Intervention durch die mobilen SozialarbeiterInnen des Sozialamtes und deren Auswirkungen, da sind wir schon wieder bei der Frage, um welche Auswirkungen geht es und welche Auswirkungen werden erwartet? Aus Sicht der mobilen Sozialarbeit kann ich Folgendes berichten. Die mobile Sozialarbeit sucht ihre Klientinnen und ihre Klienten auf an dem Ort, an dem sie sich aufhalten, bauen Beziehungen zu diesen auf und wenn diese Beziehungen bestehen, versuchen sie, Unterstützungsangebote zu machen. Da geht es um Wohnversorgung, um Behördenwege, um Schuldenregulierung, aber leider auch oft um Suchtproblematik.

Sie weisen auch auf die Angebote hin, die sie an ihrem Stützpunkt haben im Volksgarten, und diese Angebote im Volksgarten werden grundsätzlich sehr, sehr gut angenommen. In den letzten Monaten hat es gemeinsam mit dem Land ein Hundeprojekt gegeben, dass einerseits die gute Versorgung der Hunde sicherstellt und es ist wahrscheinlich auch schon vielen aufgefallen, dass die meisten Hunde am Billa-Eck jetzt mittlerweile angeleint sind. Wenn du dich interessierst für die mobile Sozialarbeit in einer tiefergehenden Form, dann übernehme ich es gerne, einen Termin zu koordinieren in der Volksgartenstraße, damit du dich mit dem Team, bestehend aus vier Leuten, zwei jungen Männern und zwei jungen Frauen unter der Leitung von Frau Mag.^a Krenn, nähergehend auseinandersetzen kannst (*Applaus SPÖ*).

GR. **Hohensinner**: Ich möchte nur feststellen, dass jetzt ein Satz eigentlich nur von dir abgeliefert wurde zu den Auswirkungen, da hätte ich mir jetzt wirklich mehr vorgestellt. Aber vielleicht machen wir das wirklich, ich nehme deine Einladung gerne an und werde mir das anschauen. Aber zu einem anderen Thema, das in diesem Raum schon sehr oft diskutiert wurde, nämlich zur Soziothek, und ein dringendes Anliegen war ja, dass das Sozialamt hier ein Konzept erstellt, was die Größe, Lage und Ausstattung und die rechtlichen Rahmenbedingungen betrifft. Da hast du auch nach einer Anfrage von der Abteilung für Immobilien gesagt, es ist gerade im Gange die Prüfung für ein Konzept, das ist jetzt doch schon wieder einen Monat her. Ich bitte dich zu sagen, wie das Konzept jetzt konkret ausschaut und ob diese Prüfung stattgefunden hat.

StR.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Auch in der ExpertInnenkommission haben wir die Soziothek als eine mögliche Maßnahme definiert, auch im Gemeinderat ist hierzu

schon öfter diskutiert worden und es hat auch Beschlüsse gegeben. Der erste Beschluss war folgendermaßen, nämlich, dass der Liegenschaftsreferent beauftragt wurde, eine mögliche Räumlichkeit für diese Soziothek zu finden. In einem zweiten Beschluss wurden dann alle zuständigen Stadtsenatsreferenten und -referentinnen damit beauftragt, ein Anforderungsprofil, ein Konzept zu erarbeiten. In diesem Antrag war nicht klar, wer die Koordination jetzt wirklich übernehmen soll, ich habe die Koordination übernommen. Es ist nicht ganz leicht, vier Stadträte an einem Tisch zu versammeln, wir haben die Sitzung am nächsten Freitag, dem 13.7., um 11.00 Uhr bei mir im Büro und da werden wir einen Schritt weiterkommen (*Applaus SPÖ*).

3) Kosten für die Stadt Graz durch die Stilllegung der Baustelle für die Bustrasse durch die Siedlung beim Hirtenkloster

GR.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Sprachmann** stellt an Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Sprachmann**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Laut deinen Aussagen im Kontrollausschuss vom 29.6.2012 wurden für die Bustrasse durch das Areal der Siedlung beim Hirtenkloster die erforderlichen Bewilligungen nicht eingeholt und die Baustelle wurde nunmehr von dir bis zur Erteilung von allen Genehmigungen stillgelegt. Welche Kosten fallen der Stadt Graz durch die Stilllegung dieser Baustelle an?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Liebe Frau Gemeinderätin! Darf ich dich ein bisschen korrigieren in der Fragestellung. Inzwischen sind ja die erforderlichen Bewilligungen eingeholt, sie sind noch nicht alle da, aber die Verfahren sind eingeleitet worden. Es klingt so,

als würde das noch immer nicht passiert sein, ich wollte das nur kurz korrigieren. Es gibt keine bekannten Kosten durch die Baustellunterbrechung.

GR.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Sprachmann**: Die BewohnerInnen des Areals leben zurzeit auf einer stillgelegten Baustelle. Welche Entschädigung erhalten sie dafür seitens der Stadt Graz?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Es ist eine interessante Fragestellung. Baustellen, die in Betrieb sind, belasten die Anrainer und Anrainerinnen, auch diese bekommen keine Entschädigungen und eine Baustelle, die stillgelegt ist, ist eine stillgelegte Baustelle und ist ein Zustand, der in dem Sinn keine zusätzlichen Belastungen hervorruft. Deswegen verstehe ich die Frage, ehrlich gesagt, nicht ganz (*Applaus Grüne*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 13.55 Uhr den Vorsitz.

5) Baumschutz-Kontrollen auf Baustellen

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! In meiner Frage geht es um das Thema Baumschutz-Kontrollen auf Baustellen. Ich habe ja in der Gemeinderatssitzung vom Mai zu dem

Thema bereits einen dringlichen Antrag eingebracht und auch mit Fotos dokumentiert, nämlich, dass es um den Baumschutz schlecht bestellt ist und dass hier oft gegen Gesetze, Verordnungen und Ö-Normen verstoßen wird. Ein Grund für diese mangelnden Vorkehrungen, die dann letztlich auch zu massiven Schädigungen und letztlich auch zum Verlust der Bäume, der manchmal auch Jahre nach der Baustelle eintritt, führen. Es ist natürlich auch, dass die nötigen Kontrollen fehlen. Nun ist es so, dass es in der Abteilung für Grünraum und Gewässer einen Dienstposten gibt, der für die Kontrolle bei Grabungen und Arbeiten im Kronen- und Wurzelbereich zuständig ist, der zuständige Herr geht im Jahr 2013 in Pension.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Frage:

Sind Sie bereit, die entsprechende Anzahl von Dienstposten im Magistrat Graz einzusetzen, die für eine effektive Kontrolle des Baumschutzes auf Baustellen laut Grazer Baumschutzverordnung erforderlich ist?

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, Sie haben auf der einen Seite gesagt, dass es um den Baumschutz der Stadt Graz nicht gerade gut steht, ich denke mir, dass es um den Baumschutz in Graz sehr gut steht, dass wir auch eine Baumschutzverordnung haben, die, wenn ich so sagen darf, nicht in allen Städte in der Form gehandhabt wird. Üblich ist beziehungsweise wir auch darauf achten, dass bei allen Baustellen, bei allen großen Baustellen vor allem auch die Bescheidaufgaben erfüllt werden. Immer wieder gibt es leider schwarze Schafe, die sich nicht an die Bescheidaufgaben halten, es gibt immer wieder Investoren oder Bauherren, die mit Bäumen nicht so umgehen, wie das der Schutz eigentlich vorsehen würde, aber ich glaube, wir sind in allen Bereiche dran. Es gibt auch sehr, sehr viele Auflagen für den Fall, dass jemand

gegen unsere Baumschutzverordnung verstößt und auch da wird sehr darauf geachtet in unserem Referat, dass der Baumbestand von Graz da ein guter bleibt. Das Referat, das wir haben, ist angesiedelt in der Abteilung 10/5 – Grünraum und Gewässer, insgesamt gibt es mit dem Referatsleiter dort drei Mitarbeiter mit 100 % Beschäftigungsausmaß, daneben noch zwei Mitarbeiterinnen jeweils zu 50 % im Kanzleibereich beziehungsweise im Sekretariatsbereich, die auch in die behördliche Abwicklung der Grazer Baumschutzverordnung miteinbezogen werden. Wir wissen jetzt, dass ein Mitarbeiter, der jetzt die Kontrollen macht, wie Sie gesagt haben, auch in Pension gehen wird. Es wird jetzt gerade darüber nachgedacht, inwieweit es zu einer Umstrukturierung und Aufgabenneuverteilung ohne Nachbesetzung in der Abteilung kommt oder ob wir noch jemanden aufnehmen werden. Aber, wie gesagt, die Abteilung weiß das und wir werden das auch in den nächsten Monaten zu entscheiden haben. Auf alle Fälle möchte ich gewährleistet haben, dass wir auch künftig mit einer Ersatzkraft oder mit unserem bisherigen Team den Baumbestand von Graz erhalten und schützen.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Ja ich möchte nur noch einmal nachfragen. Das heißt, es ist nicht so, dass diese Position zugunsten eines Planungspostens aufgelöst wird und in Zukunft niemand mehr für die Kontrolle bei Grabungsarbeiten zuständig ist?

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir brauchen selbstverständlich immer jemanden, der kontrolliert und wir müssen nur schauen, ob das innerhalb der Abteilung, es gibt ja noch einige andere Aufgaben, die dort sind, vielleicht umgeschichtet werden kann und sonst muss es zu einer Nachbesetzung kommen. Aber ich will auf alle Fälle gewährleisten, dass Baustellen kontrolliert werden und dass wir unsere Bescheidauflagen natürlich auch kontrollieren.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 14.00 Uhr den Vorsitz.

6) Offene Fragen zum Sozialpass

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer** stellt an StR.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: Sehr geehrte Frau Stadträtin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben seit Herbst letzten Jahres parteiübergreifend mehrmals in der Arbeitsgruppe „Sozialpass“ über unterschiedliche Kriterien und voraussetzende Bedingungen zur Einführung eines Sozialpasses im Interesse armutsgefährdeter Menschen in unserem Stadtgebiet beraten mit dem Ziel, im Herbst einen Sozialpass umzusetzen. Insbesondere über die Zielgruppe, Einkommensgrenzen und den Umfang der möglichen Leistungen wurde intensiv diskutiert. Aber auch die Auseinandersetzung über Ausweis oder Chipkarte nahm einen breiten Raum in der Diskussion ein. Da auch eine Vorlaufzeit seitens des Amtes mitgedacht werden muss, wundert es mich jetzt, dass wir vor dem Sommer kein weiteres Arbeitsgruppentreffen mehr angesetzt haben, vor allem auch, um noch offene Fragen, wie zum Beispiel das Ergebnis der Verhandlungen mit der Holding bezogen auf den Bereich öffentlicher Verkehr, abklären zu können und generell um ein gemeinsames Konzept zur Einführung des Sozialpasses möglichst bald zur Umsetzung bringen zu können. Das darf nicht bedeuten, dass die Verwirklichung des Sozialpasses wieder einmal aufgeschoben wird, wie das in den vergangenen Perioden schon mehrmals geschehen ist.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina Schröck, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Welche Schritte werden Sie noch setzen, damit wir möglichst bald die Erarbeitungsphase eines gemeinsamen Konzepts zum Sozialpass beenden können und es noch in diesem Jahr wie angekündigt zur Umsetzung eines Sozialpasses im Interesse armutsgefährdeter Menschen in unserer Stadt kommt (*Applaus KPÖ und Grüne*)?

StR.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Ja, liebe Frau Gemeinderätin, liebe Uli Taberhofer! Die Frage ist sehr kurz beantwortet. Wir haben in der letzten Arbeitsgruppe zum Sozialpass festgehalten, dass wir grundsätzlich alles fertigverhandelt haben, dass wir uns dann wieder treffen, wenn die Zahlen da sind von den Linien Graz, wenn die fertig berechnet wurden sozusagen. Mein Kollege Rüschi ist gerade dabei, das fertig zu verhandeln, es gestaltete sich nicht als ganz einfach, nachdem man auch mit dem Verkehrsverbund reden muss, nachdem es unterschiedliche Sichtweisen gibt, wie man das berechnen kann, ob es da einen Haustarif gibt, oder ob man das irgendwie anders berechnet. Ich bin auf jeden Fall zuversichtlich, bei dem Termin im Herbst zu bleiben. Meine Abteilung ist selbstverständlich beauftragt, einmal die internen Läufe vorab zu planen über den Sommer, damit dann eine rasche Einführung des Sozialpasses durchgeführt werden kann. Grundsätzlich haben wir in der Arbeitsgruppe alles gesprochen, du hast es ausgeführt, wir sind uns einig, wer ist der Kreis der Berechtigten, welche Leistungen soll es umfassen, also wir haben festgehalten, wir treffen uns dann, wenn die Zahlen der Linien Graz wirklich fertigverhandelt sind, und an dieser Stelle möchte ich auch dem Kollegen Rüschi danken, der das jetzt übernommen hat für uns und der das sicher möglichst bald dann über die Ziellinie bringt, damit wir diesen Sozialpass im Herbst einführen können. Wie gesagt, ich bin mir sehr sicher, dass der Sozialpass noch in diesem Jahr kommt (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag.^a **Taberhofer**: Ich bedanke mich für die Information, bin guter Hoffnung, dass es, wenn die Arbeitsschritte wirklich vollzogen sind und die Berechnungen wirklich beendet sind, uns wir dann zumindest im September treffen mit dem Ziel, möglichst in dem Jahr das noch umzusetzen. Danke (*Applaus KPÖ*).

7) Behindertengerechte Maßnahmen am Dietrichstein Platz

GR. Mag. **Kowald** stellt an Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker** folgende Frage:

GR. Mag. **Kowald**: Geschätzte Bürgermeisterstellvertreterin Lisa Rücker! Unsere Stadt Graz bietet im Vergleich zu anderen Landeshauptstädten für Menschen mit Behinderung sehr viel. Unsere Stadt Graz ist nicht am Reißbrett entworfen worden, es war notwendig, über viele Jahre hindurch Barrieren abzubauen und auch weiterhin abzubauen. Es ist auch notwendig, Menschen mit Behinderung miteinzubeziehen in die Beratung, in die Stellungnahme, in die Transparenz.

Menschen mit Behinderung beklagen, dass die Transparenz teilweise gegeben ist, aber das Recht zur Stellungnahme entweder nicht wahrgenommen werden kann aus verschiedenen Gründen oder dass die Zeit dafür zu kurz ist. Große Klagen kommen auch, ich habe mir die Sache selbst angeschaut, über die Situation am Dietrichstein-Platz. Man bemüht sich sehr, natürlich die Planerstellung und die Konzipierung ist alles langwierig und da sind offensichtlich Fehler passiert. Ich habe mir selbst diesen Platz angesehen, möchte über die dabei gesammelten Erfahrungen gar nicht sprechen. Menschen mit Blindheit, Menschen mit Rollstuhl und, und, und klagen über die gleiche Situation.

Deswegen frage ich dich, liebe Bürgermeisterstellvertreterin Lisa Rücker, im Namen unserer Gemeinderatsfraktion:

Bist du bereit, die behinderungsbedingten Maßnahmen am Dietrichstein-Platz im Zuge der Gleissanierung kurz zu skizzieren und glaubst du, dass die vorgenommenen Maßnahmen für eine behindertengerechte Ausgestaltung des Dietrichstein-Platzes ausreichend sind (*Applaus ÖVP*)?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Herr Gemeinderat, Sie haben hier zu Recht gesagt, dass die Stadt Graz in dem Bereich der Barrierefreiheit eine sehr gut aufgestellte Stadt ist mit einem sehr hochqualifizierten Referat für Barrierefreiheit, das wiederum regelmäßig mit den Behindertenorganisationen querdurch, also ob körperliche Behinderungen oder Sinnesbehinderungen, in Kontakt ist, dieses Referat wird bei jeder Baustelle eingebunden, und was wir auch bei jeder Baustelle machen ist, dass wir im Zuge von Baustellen die Blindenleitsysteme etc. oder die Verbesserung im Sinne der Barrierefreiheit herstellen. Das ist natürlich auch beim Dietrichstein-Platz an den Bereichen, wo umgebaut wird, so vorgesehen und wenn es da den Wunsch gibt, die Pläne näher zu sehen, dann sind die Organisationen gerne eingeladen. Es gab übrigens zum Dietrichstein-Platz nicht nur über die Umsetzungen, die geplant sind, sondern auch wie die Baustelle abwickelt wird, vier verschiedene Termine, wo Bezirksrat und Öffentlichkeit informiert wurden, aber es gibt natürlich gerne die Möglichkeit, mit der dortigen Baustellenkoordination die Details noch einmal durchzugehen, falls nicht alle Informationen durchgedrungen sind.

GR. Mag. **Kowald**: Frau Bürgermeisterstellvertreterin, bist du bereit, die künftigen Konzeptierungen und Pläne im Vorhinein schon über den Behindertenbeauftragten an die betroffenen Organisationen und Menschen mit Behinderungen entweder auszuschicken oder über diesen Weg der Kommunikation mit den Menschen mit Behinderung zu kommunizieren?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Herr Gemeinderat! Ich bin an und für sich davon ausgegangen, nachdem ich weiß, dass Frau Koch-Schmuckerschlag regelmäßig in Kontakt ist mit den Organisation, dass nachdem die Stadt ja eigens dafür ein Referat eingerichtet hat, um beim städtischen Bauen eine Fachfrau mitdabeizuhaben, die sich ständig mit den aktuellen Anforderungen beschäftigt, dass das eigentlich eine gute Grundlage ist, wenn sie immer eingebunden ist. Ich kann gerne, ich bin ja auch das letzte Mal wieder im Behindertenbeirat gewesen, kann man gerne über größere Baumaßnahmen einen gesonderten Termin, wenn Sie das als sinnvoll empfinden, einladen. Aber es ist sicherlich nicht sinnvoll, wenn wir ein barrierefreies Referat haben, dann jeden Platz noch einmal an die Organisationen auszusenden. Aber da können wir gerne zu einer Lösung finden, die vielleicht ein bisschen transparenter wird, allerdings, wie gesagt, weiß ich, dass Frau Koch-Schmuckerschlag regelmäßig in Kontakt ist und auch immer wider die Vorschläge und Anregungen und Wünsche aufgreift.

8) Weixelbaumstraße

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer** stellt an Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Ich möchte gerne wieder einmal wissen, wie ist es um die Weichselbaumstraße bestellt? Die Geschichte kennen wir, dieser Durchgang beziehungsweise Bahnübergang wurde aufgelassen. Seit 2007 wird an Ersatzlösungen gesucht beziehungsweise darüber gesprochen. 2008 wurde diese Eisenbahnkreuzung im Einvernehmen mit der Stadt aufgelöst, das hat massive Bürgerproteste gegeben. Es ist nach wie vor eine massiv unzufriedenstellende Situation dort vor Ort, die ÖBB hat damals eine Ankündigung gemacht beziehungsweise eine Zusage, eine Ersatzlösung mitzufinanzieren. Ich möchte gerne wissen:

Besteht seitens der Stadt noch ein Interesse, im Bereich Weixelbaumstraße eine den Intentionen der AnrainerInnen entsprechende Lösung zu finden (*Applaus SPÖ*)?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Wie wir mehrfach diskutiert haben im Jahre 2008 und 2009 und auch hier herinnen, wurde mit VertreterInnen der betroffenen BewohnerInnen und der Bezirksvorstehung eine gemeinsame Variante einer Geh- und Radwegeunterführung damals entwickelt. Die Kostenschätzung waren damals zwei Millionen, mit Valorisierungs- und Preisgleitungskosten kämen wir heute auf drei Millionen Euro inklusive Umsatzsteuer. Damals hat man aus fachlichen, aber auch dann aus Kostengründen gesagt, für das, was man damit erzielen kann, wir brauchen die Diskussion nicht wieder ganz aufwärmen, in der Form der Unterführung ist dieses Geld nicht gut eingesetzt. Was wir parallel gemacht haben, ist weiterhin bei der ÖBB dafür zu sorgen, dass sie uns im Wort bleibt mit den Ersatzmaßnahmen, dass sie uns da bei der Finanzierung hilft, was gerade im Gange ist, dass es einerseits endlich nach wirklich einigen mühsamen Verhandlungen gelungen ist, ungefähr vor einem Viertel-Jahr die Unterschrift zu bekommen für die Verbindung über die Obere Waid, das war damals auch der Bevölkerung versprochen, dass wir uns dafür einsetzen. Ich habe jetzt alle Unterschriften beisammen, das ist in Planung, auch mit dem Land nach wie vor die Finanzierung gesichert und wird hoffentlich noch im Herbst begonnen. Die zweite Maßnahme, die auch von der Bevölkerung im Zuge der Diskussionen herangetragen wurde, ist die Verbesserung der Unterführungssituation beim Schleppbahngleise, ich weiß nicht genau, wie die Straße heißt, da gibt es eine kleine Unterführung für Fuß und Rad, die sehr unangenehm ist, weil sie sehr steil ist. Hier sind Planungen im Gange, hier gibt es auch die Zusage von der ÖBB, diese Finanzierung mit uns gemeinsam umzusetzen. Was es inzwischen auch gab, es gab den Wunsch von der Bevölkerung aus dem Bezirk, entlang der Bahntrasse bis zur Unterstützung einen Weg zu haben, wir haben das dann prüfen lassen, planen lassen, haben dann noch einmal über das Ergebnis mit der Bezirksvorstehung gesprochen,

die dann wiederum davon Abstand genommen hat, weil erstens auch da die Kosten beziehungsweise die Lösung der Barrierefreiheit nicht so hergestellt werden konnte. Das heißt, es gab verschiedene Maßnahmen, die geprüft wurden. Für alles hätten wir auch die Ersatzfinanzierung durch die ÖBB in Anspruch genommen, zwei der Maßnahmen werden in der nächsten Zeit umgesetzt werden. Die Unterführung unter dem Bahnübergang ist damals entschieden worden, dass sie nicht kommt, da hat sich nichts daran geändert.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Die ÖBB hat jetzt wieder bekräftigt, sie ist bereit, eine Ersatzlösung zu finden. Seitens der Stadt wurde an die ÖBB, so ist meine Auskunft, Punktlösungen beantragt, zum Beispiel dass Planungen mitfinanziert werden, das hat die ÖBB vor einigen Wochen abgelehnt und vielmehr ist sie daran interessiert, eine endgültige Lösung zu erwirken. Aber, und so wurde es mir gesagt, seitens der Stadt gibt es keinerlei Positionierungen dazu. Also irgendwie passen die beiden Positionen momentan nicht zusammen. Das, was ich da hier vernehme, ist, die Stadt tut nichts hinsichtlich der Ersatzlösung, die die ÖBB nach wie vor bereit ist zu erwirken.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Ich weiß nicht, mit wem Sie bei der ÖBB verhandeln, ich verhandle immer mit den gleichen...

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer** unverständlich.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Es schaut so aus, als würden Sie parallel Ihre Verhandlungen führen. Es ist so, dass mit den ÖBB immer mit den gleichen Personen verhandelt und geredet wird und dort läuft der Kontakt in einer abgestimmten Form. Es handelt sich hier immer um den Herrn Dr. Schneider, der immer unser Ansprechpartner ist, wenn es um Baumaßnahmen geht, damals schon der Ansprechpartner war, ich weiß nicht, mit wem Sie sprechen. Generell geht es darum, dass diese Ersatzlösungen, die jetzt in Diskussion sind, sind natürlich punktuelle Lösungen, weil es um Unter- und Überquerungen von Bahnstellen geht, die in der Nähe sind, die einerseits verbessert werden und andererseits mit einer Radwegeverbindung jetzt endlich eine Verbindung herstellen, die von der Bevölkerung in dem Gebiet schon lange gewünscht wird, wo es aber nicht so sehr um die ÖBB gegangen ist bei den Verhandlungen, sondern um die Grundstückseigner. Einmal die Firma Kovacs, einmal die Firma Andritz AG, wo wir jetzt endlich nach langem Verhandeln über Anwälte etc. die Unterschriften schwarz auf weiß haben. Dort gibt es nach wie vor die Zusage, sich zu beteiligen, insbesondere bei der kleinen Unterführung, wo man ganz viel umbauen muss, damit sie flacher wird. Aber ich weiß nicht, welche Straße das ist, die fällt mir nicht ein. Aber du kennst diese Gegebenheiten, nachdem du da parallel Gespräche führst.

Bgm. Mag.^a **Bauer**: Ich führe keine Gespräche, aber ich würde sie übernehmen.

9) Kindergemeinderat

GR.ⁱⁿ **Binder** stellt an StR. **Eisel-Eiselsberg** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Binder**: Sehr geehrter Herr Stadtrat Eisel-Eiselsberg! Seit 2005 gibt es in Graz das Kinderparlament, und am 13. 11. 2008 hat der Gemeinderat einstimmig beschlossen,

dass es auch einmal im Jahr einen Kindergemeinderat geben soll, wo die Stadtregierung, die GemeinderätInnen sich mit dem Kinderparlament zusammensetzen soll und das Kinderparlament die Möglichkeit hat, Anfragen und Anträge einzubringen. Um diese Sitzungen vorzubereiten, wurde das Präsidialamt damit beauftragt, vornehmlich im Herbst jedes Jahres so eine Sitzung abzuhalten. Es gab dann tatsächlich am 22.10.2009 eine Kindergemeinderatssitzung und dann wurde es verärgert ruhig bis heute und daher möchte ich an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

F r a g e

richten: Was wurde eigentlich aus dem Kindergemeinderat?

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Frau Gemeinderätin, ich möchte vorausschicken, dass wir im Bereich der kindgerechten Beteiligungsformen ständige Weiterentwicklungen haben und natürlich auch anstreben, und die 2009 stattgefundenen Veranstaltung im Gemeinderat wurde sehr unterschiedlich wahrgenommen und vor allem aus der Sicht des Kinderparlaments wurde festgestellt, dass es besonders für die jüngeren TeilnehmerInnen eine sehr, sehr große Herausforderung war. Weil eben doch festzustellen war, dass die für die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte gewohnte Kultur, Anfragen, die Beantwortungen dazu, Sitzungsverlauf und vieles andere mehr nicht so einfach 1 : 1 auf Kinder übertragen werden kann. Für 2010 wurde eine weitere Teilnahme des Kinderparlaments im Rahmen einer Gemeinderatssitzung vorbereitet, musste dann allerdings kurzfristig abgesagt werden. Ein Ersatztermin für das Frühjahr 2011 wurde angeboten, aber dann letztlich vom Kinderparlament nicht wahrgenommen. Seit 2011 arbeitet das Kinderparlament gemeinsam mit dem Amt für Jugend und Familie an einer neuen Konzeption, weil eben, wie gesagt, die gewählte, natürlich im Gemeinderat beschlossene, vor allem aus der Sicht des

Kinderparlaments als nicht zielführend erachtet wurde. Also diese Neuausrichtung möchte vor allem die aktive Beteiligung der Kinder stärken, und in Zusammenarbeit mit dem Referat für Bürgerbeteiligung wurde 2011 erstmals ein Round-Table-Gespräch des Kinderparlaments mit TeilnehmerInnen aus Politik und Verwaltung veranstaltet. Der Vorteil dabei war, dass eben kinderbezogene Themen in Workshops erarbeitet wurden und dadurch die Kinderanliegen viel differenzierter und intensiver diskutiert werden konnten. Und die „Einbahnstraße“, wenn ich so sagen darf, die Kinder berichten auf der einen Seite und Erwachsene antworten auf der anderen Seite, als bisherige Beteiligungsform wurde nicht als verfolgenswert erachtet. Es hat aber 2011 auch erstmalig ein Umsetzungsbudget für das Kinderparlament gegeben, wo auch die Kinder bereits selbst entscheiden können, welche Projekte ihnen wichtig sind und sie auch umsetzen möchten. Ich kann als Beispiel nennen jetzt die Tafeln auf Kinderspielplätze, die von den Kindern selbst gestaltet wurden, wo eben dezidiert nochmals auf das Rauchverbot hingewiesen wird und auch darum gebeten wird, sozusagen dieses auch zu beachten. Und auch im heurigen Herbst möchten wir diese Round-Table-Gespräche mit Workshops zwischen Politik und Verwaltung fortsetzen und ich denke, dass das ein guter Weg ist, der vor allem auch, und das ist schon entscheidend, nicht von dem Amt so entwickelt wurde, sondern wirklich im engsten Einvernehmen mit dem Kinderparlament. Ich gebe dir aber natürlich Recht, und das ist eine berechtigte Kritik in dem Zusammenhang, dass eben dieser Beschluss nicht 1 : 1 so umgesetzt wurde, ich hoffe aber dennoch, dass du einerseits siehst, dass das einen Grund hat und andererseits auch akzeptierst, dass wir eben im engen Einvernehmen mit dem Kinderparlament selbst einen besseren und effizienteren Weg suchen und vor allem einen kindgerechteren (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Binder**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Nichts ist unerquicklicher als ein Konzept, dass dann nicht wirklich funktioniert und wo wir dann sozusagen stur drauf bleiben und sagen, nein, aber es muss diese Art des Kindergemeinderates geben. Insofern

finde ich es gut, dass es hier einen neuen Weg gibt, ich hätte mir allerdings gewünscht, dass der Gemeinderat, weil das hier ja ein einheitlicher Beschluss war, dass der Gemeinderat von dir informiert worden wäre. Vielleicht, und da schließe ich jetzt noch eine Frage an, heißt das, dass jetzt künftig das Kinderparlament und die Beamtenebene sich zusammensetzt oder denkst du auch daran, mit dem Kinderparlament eine Form zu entwickeln, wo Kinderparlament, Beamtenebene, aber auch politische Ebene, wo alle Fraktionen im Gemeinderat durchaus auch die Möglichkeit haben sollten, mit den Kindern gemeinsam etwas zu entwickeln, zu planen und zu diskutieren, auszuarbeiten?

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Also, wie gesagt, die Kritik ist berechtigt, man hätte da besser kommunizieren müssen. Wir denken daran, diese Workshops so wie sie bisher stattgefunden haben, wo eben zuständige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und natürlich auch zuständige Stadtsenatsreferenten für die Kinderanliegen, dass man das weiterentwickeln und natürlich dahingehend es überhaupt kein Problem darstellt, im Gegenteil, es sicher wünschenswert ist, dass zumindest zum Beispiel von jeder Fraktion oder der Jugendausschuss zu so einem Workshop eingeladen wird. Also ich möchte das ja auf sehr breiter Basis haben, weil es ja, wie gesagt, überhaupt kein parteipolitisches Anliegen ist, sondern im Gegenteil, wir möchten gemeinsam Kinder bereits in jungen Jahren gut einbinden und beteiligen und für sie etwas umsetzen. Also ich denke, wir werden genau in diese Richtung gehen (*Applaus ÖVP*).

10) Lückenschluss des Radweges entlang des Thalbachweges

GR. **Sikora** stellt an Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker** folgende Frage:

GR. **Sikora:** Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Lisa Rücker! Ich möchte mich an meiner Vorvordnerin anschließen bezüglich der Problematik im Bezirk Gösting, die ja anscheinend sowohl verkehrspolitisch als auch bürgerInnenanliegenpolitisch wirklich gegeben ist, diese Problematik, und bei meiner Anfrage geht es um den Lückenschluss des Radweges entlang des Thalbachweges. Da habe ich bereits im Jahre 2010 im Gemeinderat einen Antrag gestellt, dass man den Lückenschluss entlang des Thalbachweges projektieren soll, da ungefähr zirka 300 Meter des Radweges in die sehr stark vom Individualverkehr frequentierte Thalstraße münden und es aufgrund der dortigen sehr engen Straßenführung ja fast regelmäßig zu gefährlichen Situation und Unfällen mit RadfahrerInnen kommt, und da hat sich jetzt die Situation ergeben, dass die Gemeinde Thal auf dem Thaler Gemeindegebiet das restliche Stückel, was gefehlt hat, wo es auch so ähnliche Situationen auch gegeben hat mit der...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Sikora:** Mitfinanzierung, muss man vielleicht auch sagen, dass die Stadt Graz das mitfinanziert hat, aber trotzdem ist dort die Lückenschließung erfolgt, was ja sehr positiv zu erwähnen ist und nichtsdestotrotz fehlt das Stückel entlang des Thalbachweges auf Grazer Stadtgebiet.

Darum meine

F r a g e ,

ob du bereit bist, diesen Lückenschluss des Radweges R 39 zwischen Gösting und der Gemeindegrenze, also nach Thal entlang des Thalbachweges, bei den Radwegemaßnahmen vorzureihen? Eines muss ich vielleicht dazusagen, bei den Radwegmaßnahmen habe ich das Stück leider nicht gefunden, müsste vielleicht richtig heißen, ob du das auch aufnimmst in die Radwegmaßnahmen und es dann auch prioritätsmäßig vorreihst, das ist meine Frage (*Applaus KPÖ*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Die Situation zwischen Thal und Graz an der Thaler Bundesstraße oder Thaler Straße ist eine, die uns auch schon in der Zeit der Vorgängerin des jetzigen Verkehrslandesrates Christine Edlinger-Ploder gemeinsam beschäftigt hat. Ich habe noch einmal die Stellungnahme des Landes, eingeholt, es handelt sich um eine Landesstraße, deswegen ist es dort Aufgabe des Landes einen Radweg zu errichten, obwohl wir immer wieder mitfinanzieren. In der Thaler Gemeinde sogar ausnahmsweise auch noch einmal mitfinanziert haben, wo wir eigentlich überhaupt nicht zuständig wären. Es ist so, dass das Land nun mal bestätigt, dass der Teil, der ausbaufähig war, ausgebaut wurde, in weiten Bereichen entlang der Thalstraße wurde in der Vergangenheit bereits ein Radweg abseits der Straße errichtet. In dem Bereich, in dem ein Radweg aufgrund der beengten Platzverhältnisse, es geht dort um Privatgrundstücke, wirtschaftlich nicht realisierbar ist beziehungsweise eine Überplattung des Baches aus naturschutzrechtlicher Sicht nicht bewilligungsfähig wäre, fehlt der Radweg tatsächlich, so die Aussage des Landes. Diese Bereiche können aus heutiger Sicht nicht mit einem Radweg ausgestattet werden. Aber es ist nicht so, dass man sich nicht darum gekümmert hat, es war einmal in der Prioritätenliste, aber es ist vom Land immer wieder abschlägig bearbeitet worden, weil sie dort zu den Grundstücken nicht kommen. Vielleicht wissen Sie auch, dass die einzige Enteignung eines Privatgrundstückes für einen Radweg in Graz uns jetzt schon vier Jahre lang beschäftigt und noch immer nicht entschieden ist und solange es nicht

irgendwann einen Präzedenzfall gibt, wird auch niemand anderer hingreifen, leider (*Applaus Grüne*).

GR. **Sikora**: Nur eine Anmerkung, zuerst einmal recht herzlichen Dank für die ausgiebige Erläuterung, muss wirklich positiv festgehalten werden, dass da zumindest ein Stück in Thal vollendet wurde. Das war es eigentlich, was ich sagen wollte, danke für die Ausführung (*Applaus KPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 14.30 Uhr den Vorsitz.

11) Erhalt der Halle 8/Waagner-Biro-Straße

GR. **Dreisiebner** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. **Dreisiebner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In der Stadt Graz existieren bei Gott nicht sehr viele Zeugnisse des industriellen Lebens. Ein solches Bauwerk, das in der letzten Zeit bekanntlich auch eine neue Nutzungsmöglichkeit als Ausstellungshalle erfahren durfte, ist nun auch aktuell vom Abriss bedroht. Es handelt sich hier um die sogenannte Halle 8 in der Waagner-Biro-Straße im Bezirk Lend.

Indem Bereich wird durch eine Gruppe Investoren und Investorinnen nun versucht, das alte Industrie- und Gewerbegebiet einer neuen Nutzung, einer Wohnnutzung, zuzuführen, ein sehr interessantes Projekt, das Smart-City-Projekt, das sich als

Vorzeigeprojekt mittlerweile schon bewiesen hat und weit über die Grenzen von Graz hinaus Interesse findet.

Weniger gut finden wir, dass scheinbar jedes bestehende Gebäude in diesem Areal der Abrissbirne geopfert werden soll, so auch die Halle 8. Dies, obwohl eine Petition zum Erhalt dieser Halle von mehr als 1.500 Menschen in kürzester Zeit unterschrieben worden ist. Die UnterstützerInnen haben nicht nur unterschrieben, sondern zum guten Teil auch sehr lesenwerte inhaltlich interessante Kommentare für den Erhalt der Halle 8 geschrieben und dies sollte InvestorInnen und Verantwortliche der Stadt beeindrucken.

Leider sieht es so aus, als ob die Inhaber und Inhaberinnen der Halle 8 dem Wunsch, den Erhalt des Gebäudes abzusichern, nicht nachkommen werden. Allem Anschein nach zählt auch hier nur die Maximierung von Profit und Gewinnstreben, der Abriss könnte unter Umständen unmittelbar bevorstehen.

Daher meine

F r a g e

an Sie, geschätzter Herr Bürgermeister: Sind Sie bereit, umgehend mit den InhaberInnen der Halle 8 in der Waagner-Biro-Straße sowie mit den führend verantwortlichen Planern und Architekten des Smart-City-Projekts Gespräche aufzunehmen, die vorerst einen Stopp der Abrisspläne bei der Halle 8 zum Ziele haben und werden Sie sich in der Folge in Ihrer Funktion als Fachreferent für Stadtplanung, aber auch in Ihrer Gesamtverantwortung als Bürgermeister der Stadt Graz, für eine nachhaltige Lösung – also für den dauerhaften Erhalt der Halle 8 – einsetzen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank für die Gelegenheit, über diese Industriehalle hier auch im Gemeinderat ein paar Informationen weiterzugeben, die wahrscheinlich viele interessieren. Wie Sie wissen, habe ich aus Mitteln des Bürgermeisteramtes den Sohn unseres Ehrenringträgers Jungwirth, nämlich den Christian Jungwirth, als Fotografen dabei unterstützt, dass wir jetzt in dieser Halle zweimal auch ausstellen konnten. Es waren unglaubliche Persönlichkeiten internationalen Formats hier in Graz. Wer bei diesen Veranstaltungen bei den Eröffnungen war oder auch danach sich einmal diese Fotoausstellungen angesehen hat, der weiß, was Christian Jungwirth da auch nach Graz gebracht hat, und da ist natürlich die Diskussion aufgekommen, das ist schon eine ganz besondere Location hier, kann man die nicht sichern? Ich habe gleich nach der ersten Ausstellung, die wir damals gehabt haben mit dem amerikanischen Fotokünstler, Kontakt mit dem Eigentümer aufgenommen, sogar mit dem Herrn Generaldirektor persönlich von Raiffeisen, das sind nämlich die Besitzer dieser Halle. Es gibt im Übrigen dort nicht nur diese eine Halle, sondern daneben befinden sich noch weitere Industriehallen und habe einmal gefragt, wie denn der Eigentümer prinzipiell zu einer Überlegung steht, diese Halle nicht abzureißen. Ich habe dann nach einigen Wochen auch die Antwort des Herrn Generaldirektors bekommen, er hat das noch einmal prüfen lassen, die Halle ist in einem leider Gottes so schlechten Zustand, dass Raiffeisen nicht beabsichtigt, diese Halle herzurichten. Daneben gibt es natürlich noch eine weitere Diskussion, nämlich die Diskussion, wir haben ja schon dort ein Industriedenkmal, wenn ich so sagen darf, umgebaut, nämlich die List-Halle, zu einer ganz besonderen Kultureinrichtung hinter dem Bahnhof und wie Sie wissen, haben wir jetzt ein Jahrzehnt auch gemeinsam mit dem Land Steiermark die Kosten für den Betrieb, aber auch die Investitionen für diese Halle aus öffentlichen Gebietskörperschaften auch übernommen. Jetzt geht es konkret darum, könnten wir das dann wieder tun, sollte das vor Ort wieder stattfinden, ja oder nein? Also der Zustand laut Raiffeisen dieser Halle ist katastrophal, sie schaut zwar gut aus, aber der Erhalt kostet sehr, sehr viel Geld und wer käme dafür auf? Der Eigentümer hat nicht vor, sie zu erhalten und möchte sie abreißen, also da ist Ihr Befund ein richtiger, es ist auch noch nicht passiert. Mittlerweile hat eine Gruppe rund um den Juwelier Dr.

Hans Schullin begonnen, sich auch stark zu machen, auch eventuell Investoren zu finden. In Punkto Nachhaltigkeit möchte ich dort allerdings anführen, es hat natürlich der Architekt Bärnthaler mit dem Projekt, das er uns dort vorgeschlagen hat, nämlich Smart-City, ursprünglich andere Überlegungen gehabt. Er mittlerweile versucht es jetzt auch einzuarbeiten, das heißt, die ganze Geschichte ist ein bisschen im Fluss und ich hoffe, dass es auch gelingen wird, wieder Sponsoren zu finden, ich sage dazu, wir tun uns schon schwer mit der List-Halle in der Finanzierung, dort sind Investitionskosten fällig, das müsste dann auch betrieben werden und es war jetzt schon sehr, sehr schwierig, auch bei den beiden Ausstellungen überhaupt die Möglichkeit auch jetzt von Seiten der Behörden zu geben, dass wir in dieser Halle dort diese Nutzung leben dürfen. Es ist, wie gesagt, zum Teil kein guter Zustand und es müsste auf alle Fälle kräftig investiert werden. Aber im Moment ist das alles in Bewegung, in Gesprächen, Näheres kann ich Ihnen vielleicht dann beim nächsten Mal schon wieder sagen. Ich habe aber schon, wie gesagt, gleich nach der ersten Ausstellung gesagt, es wäre schon eine Halle, die es zu schützen gilt, vielleicht gelingt da noch etwas gemeinsam. Aber es ist ein Privateigentum (*Applaus ÖVP*).

GR. **Dreisiebner:** Vielen Dank, Herr Bürgermeister, das lässt ein wenig hoffen. Ja, es ist bekannt, dass Raiffeisen hier scheinbar nicht die Mittel flüssig machen will, um für den Erhalt beizutragen, sondern andere Interessen verfolgt. Schön ist es, dass Architekt Bärnthaler unter Umständen das miteinplanen kann. Der schlechte Zustand ist bekannt, das wurde auch von anderer Seite schon bestätigt. Ich würde es auch schön finden, wenn neben der List-Halle so eine Art von neuem Kulturcluster in diesem Bereich entstehen könnte, das ist für Kulturschaffende, glaube ich, ein sehr interessanter Bereich, es gibt auch sehr viele hauslose Initiativen, die sich freuen würden, wenn so ein Gebäude zur Verfügung gestellt werden könnte. Wenn das mit privaten Investoren gelingt, wäre es schön, nur was ist, wenn der Abriss davor

kommt? Meine Zusatzfrage: Wollen Sie sich mit dem Eigentümer Raiffeisen hinsichtlich eines Moratoriums bezüglich eines allfälligen Abrisses einsetzen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich bin gerne bereit, nochmals mit Raiffeisen zu reden. Ich sage nur dazu, wir haben natürlich jetzt auch widersprüchliche Meinungen. Das was wir über diese alte Industriezeile jetzt bislang, auch mit Raiffeisen gemeinsam, als EU-Projekt eingereicht haben, war was anderes als das, was wir jetzt plötzlich wollen. Das heißt, ich verstehe jetzt auch Raiffeisen, dass sie einmal gesagt haben, na eigentlich haben wir diese Zeile anders verwerten wollen, vielleicht schauen wir uns auch noch die übrigen Hallen an. Ich gebe zu, ich war in der einen 8er-Halle jetzt drinnen, habe nur von außen die danebenliegenden gesehen. Vielleicht gibt es da auch noch eine oder andere, die vielleicht sogar als Location auch schön wäre, da weiß ich aber nicht, wer genau Eigentümer ist, aber ich bin gerne bereit, mit dem Herrn Generaldirektor da noch einmal zu reden. Der Abriss ist ja jetzt nicht so notwendig. Ob es dann noch einmal dazwischen Ausstellungen gibt, werden wir sehen. Ich denke mir, das müssen wir auch mit der Behörde klären. Es ist schon ein Gefahrenbereich auch da drinnen gegeben. Sie werden ja gesehen haben, allein oben diese Kranvorrichtungen etc., die man ja zum Teil auch noch in Betrieb gesetzt haben, wenn da etwas passiert, wenn da viele Menschen bei Ausstellungen drinnen sind und was den Brandschutz usw. angeht, das müssen wir uns sehr genau anschauen. Aber ich rede da gerne mit den Verantwortlichen (*Applaus ÖVP*)

12) GAK-Trainingszentrum Weinzödl

GR.ⁱⁿ **Jahn** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Jahn**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Gerhard! Ich möchte gerne wieder einmal nachfragen zum GAK-Trainingszentrum Weinzödl. Es ist ja eine Causa, die uns über die Jahre immer wieder beschäftigt hat und meistens auch sehr emotional hier herinnen ausgetragen wurde. Der Herr Bürgermeister hat vor längerem schon einmal in einer Stadtregerung uns informiert, dass schon seit über einem Jahr wieder das Problem besteht, dass es gröbere Außenstände seitens des GAK gibt, was die Miete des Trainingszentrums betrifft und dass scheinbar auch recht konfliktreiche Situation zwischen der Investorengruppe und dem Verein GAK aufgrund dessen eben gibt und dass schon seit über einem Jahr eigentlich nur mehr die Hälfte der Miete von den 12.000 Euro, ungefähr 6.000 Euro pro Monat, bezahlt werden würden. Es war in den Medien in den letzten Wochen öfter einmal zu lesen, dass es verschiedene Ultimaten gibt von der Investorengruppe. Eines ist im Mai, glaube ich, ausgelaufen, ein weiteres, keine Ahnung, sollte es in nächster Zeit geben, was man so liest. Und darauf hin, wie wir alle wissen, war ja auch bei der Stadt Graz die Frage, ob es sinnvoll wäre, das Trainingszentrum wieder direkt zu übernehmen, von den Investoren quasi wieder eine Rückführung zu machen in Richtung Holding und quasi noch einmal das Trainingszentrum „zu kaufen“, unter Anführungszeichen. Auch weil der Herr Bürgermeister uns zugesagt hat, dass im Zuge einer Stadtregerungssitzung die Holding eingeladen werden soll und wir auch mit dem Herrn Dr. Pucher diese Frage diskutieren sollten, was bis jetzt leider noch nicht passiert ist, wollte ich deswegen auch noch die letzte Fragestunde vor der Sommerpause nutzen, um nachzufragen, was es Aktuelles in der Causa gibt und stelle daher die

F r a g e :

Gibt es konkrete Pläne für die Übernahme des GAK-Trainingszentrums Weinzödl durch die Holding Graz?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Die sportlichen und sicherlich in dem Zusammenhang auch die wirtschaftlichen Probleme des GAK sind nicht leichter geworden durch den verpassten Aufstieg. Abgesehen davon hat sich nach meiner Beobachtung einfach auch durch die Ereignisse einiger wild gewordener Fans die Motivation und die Stimmung im Klub sicherlich noch weiter verschlechtert, und soweit ich das beobachten kann, mir stehen auch nicht alle Informationen zur Verfügung, ist derzeit sicherlich eine sehr kritische, fast ein bisschen eine Warteposition und es ist im Moment nicht genau abzusehen, wie die Entwicklung beim GAK weitergehen wird. Die Holding hat den Dr. Pucher gebeten, vor einiger Zeit schon, eine Bewertung des Superädifikats vorzunehmen, um abzuschätzen, mit welchem Wert man damit rechnen kann, das unter anderem auch deshalb, weil die Bank oder eine hauptfinanzierende Bank das Superädifikat zur Versteigerung ausgeschrieben hat. Offensichtlich sind die Investoren, also die Weinzödl Betriebsgesellschaft mit Zahlungen im Verzug, darüber gibt es selbstverständlich keine genauen Informationen, sodass eben die Versteigerung ausgeschrieben wurde und wir haben jedenfalls den Herrn Dr. Reckenzaun, der uns in dieser Angelegenheit rechtlich betreut, gebeten, das zu beobachten und uns zu informieren, wenn da Schritte anstehen, damit wir allenfalls eben auch von unserem Vorkaufsrecht Gebrauch machen können, das vertraglich gesichert ist, damit wir allenfalls auch bei der Versteigerung jedenfalls mit dabei sind, beobachten und gegebenenfalls auch einsteigen können. Das ist die aktuelle Situation, ich kann mich erinnern, das Versprechen vom Bürgermeister, das ist sicherlich nach wie vor gültig, es hat sich insofern eben nichts getan in der Zwischenzeit. Sobald sich da etwas tut, sobald die Holding tatsächlich mit der Frage konfrontiert sein sollte, das Trainingszentrum zu übernehmen, denke ich, wird das Versprechen wahr gemacht und es wird eben vor der Entscheidung in der Stadtregerungssitzung eine Information geben.

GR.ⁱⁿ **Jahn**: Zuerst einmal danke für diese Informationen. Ja, eine Zusatzfrage hätte ich schon noch. Es war ja auch einmal angedacht so eine Mischlösung, die Überlegung, dass sozusagen der GAK einen Teil des Trainingszentrums weiterhin mietet, um sozusagen trainieren zu können, zumindest für die Kampfmannschaft und der andere Teil sozusagen durch die Stadt Graz weiter vergeben wird für American Football und für andere Sportarten. Wäre so eine Lösung überhaupt technisch machbar jetzt aus finanzieller Sicht oder kann es da nur eine Entweder-Oder-Lösung geben?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ja, das ist sicherlich auch eine Variante, die dann gegebenenfalls auch mit dem Kollegen Eisel-Eiselsberg und dem Sportamt abzusprechen ist. Diese Überlegungen gibt es, aber nochmals, es ist derzeit die Situation ein bisschen ungewiss, es ist nicht klar abzusehen, wie es weitergeht. Ich denke, es muss sich im Laufe der nächsten Wochen klären, denn, wie gesagt, die Bank hat das Superädifikat zur Versteigerung ausgeschrieben, das dauert eine zeitlang, das ist nicht sehr schnell durchzuführen, aber das ist jedenfalls der aktuelle Stand, und sollte die Versteigerung tatsächlich stattfinden, dann muss die Stadt entscheiden, macht sie mit allenfalls bis zu welchem Betrag oder macht sie das nicht. Ich möchte auch noch dazusagen, dass die Investoren schon eine Möglichkeit haben, nach unserem Vertrag, wir haben ihnen damals im Nutzungsvertrag die Möglichkeit eingeräumt, dass auf der Fläche von einem Trainingsplatz eine sportverwandte ähnliche Einrichtung gemacht werden kann, Wellness-Center, Sport gesundheitlich, was auch immer, und diese Möglichkeit wurde bis jetzt von den Investoren nicht angegriffen mit dem Hinweis, dass 15 Jahre eine zu kurze Laufzeit sind. Da hat es aber von unserer Seite schon auch immer die Botschaft gegeben, wenn da ein konkretes Projekt vorliegen sollte, dann werden wir uns sicherlich auch darüber unterhalten, ob man den Vertrag nicht verlängern kann. Aber, wie gesagt, diese Möglichkeit ist bis jetzt von den Investoren nicht aufgegriffen worden (*Applaus ÖVP*).